



# Wartburg-Kurier

Johannistag 2014

## Grußwort



**Liebe Leserinnen und Leser  
des Wartburg-Kuriers,**

am 14. September wählen wir den 6. Thüringer Landtag. Sie entscheiden mit Ihrer Stimme, wie es mit unserem Land weiter geht. Die Weichenstellungen für die Zukunft sind in diesem Wahljahr 2014 besonders mit dem Blick zurück verknüpft: Vor 25 Jahren sind die Menschen für freie Wahlen in der ganzen DDR auf die Straße gegangen. Es waren die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, die damals bei vielen Menschen die Erkenntnis reifen ließ: So kann es nicht weitergehen. Kirchengemeinden hatten der Bürger- und Demokratiebewegung einen Schutzraum geboten, oft seit Jahren, nun wurden die Kirchen zu Versammlungsstätten der Friedlichen Revolution.

Was damals jedermann vor Augen stand, droht heute gelegentlich in Vergessenheit zu geraten: Demokratische Verhältnisse sind nicht selbstverständlich. Demokratie lebt

von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und durch die regelmäßige Bestätigung, die sich nicht zuletzt in Wahlen zeigt. Wählen gehen heißt, Mitverantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Wahlbeteiligung ist deshalb auch ein Gradmesser, wie fest der demokratische Verfassungsstaat im Bewusstsein der Menschen verankert ist.

Es geht bei Wahlen allerdings nicht allein um eine Verfassungsordnung, die teuer erstritten ist, sondern genauso um die Wertorientierung, entlang derer sich unser Gemeinwesen weiterentwickeln soll. Für Christen ist nicht jede Partei wählbar. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die katholische Deutsche Bischofskonferenz haben es 2006 in einer Denkschrift unter dem Titel „Demokratie braucht Tugenden“ auf den Punkt gebracht. Im Zentrum müssen „die Würde jedes Menschen, die Achtung der Menschenrechte und die Ausrichtung am Gemeinwohl stehen“.

Das ist ohne eine Freiheit nicht möglich, die es jedem einzelnen erlaubt, sich als Person entfalten und in Freiheit zum Gemeinwohl beitragen zu können. Deshalb ist mir ein Satz Hannah Arendts (1906 bis 1975) besonders wichtig: Der Sinn von Politik ist Freiheit. Diese

Wertorientierung ist jedoch auch ohne Solidarität und Gerechtigkeit nicht möglich. Wer seinen christlichen Glauben ernst nimmt, der wird sich immer wieder selbstkritisch prüfen, ob er im Mitmenschen den Nächsten sieht, der von Gott genauso geliebt und mit gleicher Würde ausgestattet ist, wie er selbst. Und der erliegt hoffentlich auch weniger der Versuchung, den gerechten Anteil mit dem größten Stück für sich selbst zu verwechseln.

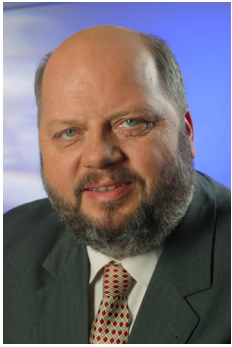
Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Maßstäbe guter Politik. Eine solche Politik kann durch keine noch so gute Ordnung dauerhaft garantiert werden, es geht immer auch um die innere Haltung der Handelnden zu den politischen Tages- und Grundsatzfragen, um Tugenden eben. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und prüfen Sie Programme und Personen darauf, ob sie genau das erwarten lassen. Dann ist mir um die Zukunft Thüringens nicht bange.

**Mit freundlichen Grüßen  
Ihre**

**Christine Lieberknecht**

(Stellvertretende Bundesvorsitzende  
des EAK der CDU/CSU)

## Zum Geleit



### Liebe Leserinnen und Leser,

am Johannistag 2014 lade ich Sie ein, einen Blick in die zweite Ausgabe des „Wartburg-Kuriers“ für dieses Jahr zu werfen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Thüringen informiert Sie aus seiner Arbeit, spürt dem Wirken christlicher Werte in dieser Zeit nach und fragt nach Kräften des Zusammenhalts in einer heterogener werdenden Gesellschaft.

Der Geburtstag Johannes des Täufers genau ein halbes Jahr vor dem Geburtstag Christi war seit jeher ein Fest ausgelassener Lebensfreude am Höhepunkt eines jeden Jahres. Es bildet einen Kontrapunkt zum Weihnachtsfest in der dunklen Zeit des Jahres, das mit der Ankunft Christi Erlösung und Erleuchtung verspricht. Johannes, der Jesus vorausging und sein Kommen verkündete, gab uns mit der Taufe ein sichtbares Zeichen des Bundes, den Gott mit den Menschen geschlossen hat.

Im Verständnis Martin Luthers ist sie kein einmaliges Geschehen, sondern bedarf täglicher Wiederholung. Für ihn ist „Buße nicht anders als ein Wiedergang und Zutreten zur Taufe.“ Der Streit um den rechten Zeitpunkt der ersten Taufe, der in der Frühzeit der Reformation oft gewaltsam ausgetragen wurde,

relativiert sich mit dieser Sichtweise.

Vor 475 Jahren führte der Reformator Martin Bucer mit der „Ziegenhainer Kirchenzuchtordnung“ in der Landgrafschaft Hessen die Konfirmation als Taufbestätigung ein und begründete damit einen Ritus, der bis heute in den evangelischen Kirchen der Welt ein Angebot an junge Menschen ist, Erfahrungen mit der Kirche und dem Glauben zu machen. Ein schönes Jubiläum in der Mitte der Luther-Dekade, das der Erinnerung wert ist.

Europa hat gewählt. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments war die Finanzkrise das bestimmende Thema, das manchem Mitgliedsstaat tiefe Einschnitte in seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das Sozialsystem brachte.



Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist eine der ernstesten Herausforderungen des politischen Europa. Es wurde deutlich, dass die wirtschaftliche und finanzielle Leistungskraft der Gemeinschaft mit ihrer raschen Vergrößerung kaum Schritt hält. Für die Stabilität Europas bedarf es eines „europäischen Geistes“, der den Zusammenhalt auch in schwierigen Zeiten sichert. Die aktuellen Wahlergebnisse zeigen ein Anwachsen der europakritischen Kräfte in vielen Mitgliedsländern. Damit ist eine Aufgabe für die kommenden fünf Jahre ganz klar. Parlament und Kommission müssen alles tun,

um das Vertrauen in das gemeinsame Europa zu stärken. Zugleich ist aber Europa ein Sehnsuchtsort für viele Menschen außerhalb seiner Grenzen. Menschen riskieren ihr Leben um hierher zu kommen. Nicht für alle kann Europa eine neue Heimat werden. Die Europäische Gemeinschaft muss mit ihren Heimatländern nach Lösungen suchen, die ihnen auch dort ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die instabile Lage der Ukraine und das schwierige Verhältnis mit Russland sind weitere große Herausforderungen auf der europäischen Agenda. Diese Gemengelage lässt die Frage nach einer Vollmitgliedschaft der Türkei in den Hintergrund treten. Sie steht in naher Zukunft nicht auf der Tagesordnung. Freilich werden wir auch die Türkei dauerhaft nicht vor der Tür Europas stehen lassen können.

Es wird darauf ankommen, dass die europäische Politik im Geist von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Antworten auf all diese Fragen findet und die Menschen in Europa mitnimmt.

Im Herbst wählt Thüringen einen neuen Landtag. Unsere Probleme sind vielleicht etwas kleiner als die Europas. Für die Menschen in unserem Land sind sie aber nicht weniger wichtig. Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution fällt die Bilanz weitgehend positiv aus. Auch wenn die Christen in Thüringen in der Minderheit sind, christliche Werte bestimmen im Land der Reformation unser Zusammenleben. Dass dies auch künftig so bleiben möge, wünscht

Ihr  
Prof. Dr. Jens Goebel

## Inhalt dieser Ausgabe:

Grußwort von Christine Lieberknecht .....	1	Wovon wir uns leiten lassen – Wertegebundene	
Geleit .....	2	Politik aus christdemokratischer Sicht .....	7
<b>Veranstaltung:</b> Darf oder soll Religion sich in Politik		<b>Veranstaltung:</b> Evangelische Schulen – Offene	
einmischen? .....	3	Türen ins christliche Abendland .....	11
<b>Meinung:</b> Darf oder soll Religion sich in Politik		<b>Besucht:</b> Jean Calvin – Johannes Calvin .....	12
einmischen? .....	4	Wir über uns .....	4, 10
<b>Vorgestellt:</b> Die Georgenburse zu Erfurt .....	5	Impressum und Kontakt .....	12

## Veranstaltung: Darf oder soll Religion sich in Politik einmischen?

### Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Themenjahr Reformation und Politik

von Dr. Karl-Eckhard Hahn, Mitglied des Landesvorstands des EAK Thüringen

Religion und Glauben haben Konsequenzen für die Politik und das öffentliche Leben, doch kommt es sehr darauf an, dass sich Staat und Kirchen ihrer jeweiligen Aufgaben bewusst sind und die Grenzen ihres öffentlichen Mandats respektieren. Darüber bestand Konsens in einer Diskussion unter dem Titel „Darf oder soll sich Religion in Politik einmischen?“, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 15. April in das Erfurter Augustinerkloster eingeladen hatte. Wo diese Grenzen verlaufen, lässt sich allerdings nicht abschließend fassen, wie das Gespräch in der Moderation des Thüringer EAK-Landesvorsitzenden Prof. Dr. Jens Goebel zeigte. Es diskutierten der Beauftragte des Freistaats Thüringen für das Reformationsjubiläum 2017, Dr. Thomas A. Seidel, und der evangelische Theologe und Historiker Dr. Erhart Neubert.



Für Seidel ist die „Ausbildung des inneren Menschen“ als Aufgabe der Kirchen eine Grundvoraussetzung, um Freiheit sinnvoll gestalten zu

können. Es gebe keine äußere Freiheit ohne innere Freiheit. Im originär politischen Raum, in dem sich der Christ bewegt, geht es für den Beauftragten nicht um letzte Fragen, sondern um richtige Lösungen. Er warnte davor, die Politik mit zu großen Erwartungen zu überhäufen. Angesichts der gern geübten Politikerschelte bemerkte Seidel ironisch: „Viele Menschen erwarten von den Deppen der Nation die Rettung der Welt“.

Selbstbeschränkung forderte auch Neubert vom Staat. Jeden Versuch, ihn zu „sakralisieren und zu verzubern“ ist für den Theologen und Historiker von Übel. Den positiven, politisch überaus erfolgreichen Beitrag der Kirchen zum Funktionieren des Gemeinwesens sieht er daran, Christen zur Freiheit zu befähigen und in einer solidarischen Haltung zu stärken. Die Kirchen sollten sich an der Diskussion über Gut und Böse beteiligen, allerdings nicht versuchen, Politik zu ersetzen. „Politiker sollen nicht predigen und Theologen keine Politik machen“, brachte Neubert seine Überzeugung auf den Punkt.

Dass es jenseits allgemeiner Sätze in den thematischen Überschneidungsbereichen allerdings schwierig werden kann, zeigte ein Diskussionsbeitrag des Beauftragten der

Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Oberkirchenrat Christhart Wagner. Für ihn muss die Kirche sich einmischen, wenn es um Grundfragen wie Gerechtigkeit, Frieden, die Bewahrung der Schöpfung und Menschenwürde geht. Da dürfe Kirche nicht im „Nirwana der Sonntagspredigten“ verharren. Für Neubert ist damit freilich wenig geklärt, handele es sich doch um inhaltlich nicht scharf konturierte „Plastikwörter“, und Seidel gab zu bedenken: „Tagespolitische Fragen machen Predigten verwechselbar“.

Einvernehmen herrschte hinsichtlich der Erwartung, dass die Kirchen verlässliche Rahmenbedingungen brauchen und sie auch selbstbewusst einfordern sollten. Auch im wohlverstandenen Eigeninteresse des Staates, der sich auf die Durchsetzung des Rechts konzentrieren soll und sich gerade deswegen in religiös-weltanschaulichen Fragen neutral verhalten muss. Dass Demokratie, Freiheit und Recht Gefahr droht, wenn „das Diesseits zum Heilsprojekt gemacht wird“, so Seidel, zeigen historische und aktuelle Beispiele. So etwa die totalitären Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts oder die Verknüpfung zwischen geistlicher und politischer Führung im Islam.

## Meinung: Darf oder soll Religion sich in Politik einmischen?

von Dr. Ehrhart Neubert, Mitglied des EAK Thüringen

Die demokratisch verfassten und pluralistischen Gemeinwesen benötigen die Machtfunktionen der Politik zur Steuerung von Konflikten, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Durchsetzung des Rechtes. Zugleich begrenzt die Zivilgesellschaft staatliche Macht, die selbst an Grundrechte gebunden ist. Der öffentliche gesellschaftliche Raum bietet daher Individuen, Vereinigungen und eben auch den Kirchen Handlungsfelder. Zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Institutionen entstand so ein dichtes Beziehungsgeflecht. Das bedeutet, dass die Politik ihr Verhältnis zur Religion gestalten muss, wie ebenso der Religion bzw. den Kirchen eine unpolitische Existenz unmöglich geworden ist.



Ehrhart Neubert

Ich will hier mit meinen Thesen weniger einen theologischen Rahmen aufspannen, der dieses Geflecht strukturiert und bewertet. Vielmehr halte ich mich an einigen praktischen Erfahrungen fest, die die politische Dimension der Kirchen im Blick haben. Selbstredend stehen dahinter auch die Erfahrungen, die Christen in der DDR ge-

macht haben und zugleich die Erfahrungen mit dem Paradigmenwechsel nach 1990, der durch das Entstehen der Zivilgesellschaft und die völlige Veränderung des Selbstverständnisses der Politik eintrat.

Die Kirchen haben als Institution mit einer ihr auferlegten Sendung oder auch Mission ein Eigeninteresse, das sich auch politisch artikuliert. Dazu gehören u.a.: Das Recht auf öffentliche Präsenz, auf Religions- und Glaubensfreiheit, die verfassungsgemäße rechtliche Sicherung ihres Status und ihres Besitzes, ihr Anspruch an gesellschaftlichen Aufgaben, wie Bildung und Kultur, mitzuarbeiten.

Im weitesten Sinne beinhaltet dieses Eigeninteresse auch den politischen und geistigen Einfluss auf das Selbstverständnis des Staates. Die Kirchen sollten mit dafür sorgen, dass der Staat entsakralisiert, entideologisiert und säkularisiert wird. Dieses verhilft dem Staat zu einer echten demokratischen Legitimation, die auf übergeschichtliche oder metaphysische Fundamente verzichtet. Unter dieser Voraussetzung kann er seine vernünftigen Ordnungs- und Regelungsaufgaben wahrnehmen und seinem Gewaltmonopol Geltung verschaffen.

Dem Eigeninteresse der Kirchen, die ja ein Teil unter anderen Teilen der Gesellschaft sind, ist gedient, wenn ihr politisches Handeln allgemein auf „die Wiederherstellung des Rechtes und nicht einfach die nackte Selbsterhaltung“ (Dietrich

Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. München 1977. S. 20) zielt. Nach Dietrich Bonhoeffer dient es nicht dem Selbsterhalt, wenn „aus der Not ein Prinzip“ oder „ein eigenes Recht“ gemacht wird.

Die Kirchen können einen Beitrag zum Funktionieren des demokratischen Gemeinwesens leisten, indem sie durch ihre geistlichen Aktivitäten Voraussetzungen für die Ertüchtigung zur Freiheit und zur solidarischen Verantwortung schaffen.

Die Kirchen haben eine unersetzliche ethische Kompetenz, die gerade in einer funktionalisierten Lebenswelt unentbehrlich ist. Sie können „die große Maskerade des Bösen“ identifizieren und benennen, wie auch immer es sich als Gutes verkleidet. (Bonhoeffer S. 12) Das aber kann sinnvoll im öffentlichen Diskurs geschehen, der die Grenzen der Vernunft und der zeit-spezifischen Moralität aufzeigt.

Die Kirchen können aber ihrerseits die Politik und deren Instrumente (Parteien, soziale und wirtschaftliche Verbände u.a.) nicht ersetzen. Hier wären Bescheidenheit und Respekt gegenüber der Politik angebracht. Politiker sollten die Kirche zu Entscheidungen ermutigen, wie es Bonhoeffer tat: „Ich glaube, dass Gott kein zeitloses Fatum ist, sondern, dass er auf aufrichtige Gebete und verantwortliche Taten wartet und antwortet.“ (Bonhoeffer 21)

## Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Erfurt), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Cornelia Eberhardt (Erfurt), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Jörg Kellner (Zimmern-supra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen), Christian Tschesch (Uhlstädt-Kirchhasel), Siegfried Wetzel (Schleiz-Möschlitz) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)



## Vorgestellt: Die Georgenburse zu Erfurt

### Lutherort, Pilgereinkehr, Bildungsstätte und Brüderhaus des St. Georgs-Ordens

von Axel Große und Dr. Thomas A. Seidel, Freundeskreis Georgenburse Erfurt e.V.

Das Nutzungskonzept „Georgenburse Erfurt – Studienort der Lutherzeit“ wurde im Jahre 2009 im Zusammenwirken von Evangelischem Augustinerkloster zu Erfurt, Freundeskreis Georgenburse Erfurt e.V., dem Bonhoeffer-Haus e.V., dem Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt, dem Stadtmuseum Erfurt und dem katholischen Gemeindedienst des Erfurter Domberges erarbeitet und am Reformationstag 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt.



Dieses Nutzungskonzept – mit seiner Trägerstruktur und seinen drei inhaltlichen Säulen „Präsentation studentischen Lebens im Mittelalter und Luther-Gedenkstätte“, „Ökumenische Pilgerherberge“ und „Tagen und Begegnen des Bonhoeffer-Haus e.V.“ – bildete die Voraussetzung für die Bewilligung staatlicher Fördermittel zur Sanierung der Georgenburse.

Am Reformationstag 2010 wurde die Georgenburse als „Studienort der Lutherzeit“ eröffnet. Die vormalige Pilgereinkehr im Evangelischen Augustinerkloster zu Erfurt wurde geschlossen und am 1. Mai 2011 als Ökumenische Pilgerherberge Georgenburse wieder eröffnet. Die Georgenburse Erfurt ist ein zentraler konzeptioneller Bestandteil des pädagogischen Bildungsangebotes („Bildungsbausteine“) des „Lern- und Lebensortes Augustinerkloster“.

### Lutherstätte – Studienort der Lutherzeit

Die Georgenburse ist im Konzert der Luther-Gedenkstätten in Erfurt so etwas wie ein fundamentaler Auftakt, weil der spätere Augustiner-Eremitenmönch und Reformator Ende April 1501 als siebzehnjähriger Student, nach Eintrag in die Universitätsmatrikel, hier Quartier bezieht. Zugleich lässt sich mit der Rekonstruktion des studentischen Zeitabschnitts in Luthers Biographie Licht in den eher schwach bezeugten Jugendteil seines Lebens bringen. Ein Brief des Luther-Verwandten Dietrich Lindemann aus dem Jahre 1526 belegt, dass der spätere Reformator hier als Bursale lebte: „Grüßt mir unseren Verwandten M. Luther, der als Baccalaureus mich einst zu Erfurt in der Georgenburse [...] einige Tage freundlich aufnahm.“ (Ratsarchiv Zwickau. Vgl. Klaus-Bernward Springer: Luther als Student der Artes und studentisches Leben, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt 72 (2011). S. 72-97, hier S. 87.)



Am Beispiel der Georgenburse werden sowohl die Bedingungen studentischer Existenz in jener Zeit im Allgemeinen aufgezeigt, wie im speziellen Fall Luthers Lebensjahren zwischen 1501 und 1505 beschrieben, welche den Beginn seiner geistigen wissenschaftlichen Existenz markieren und deren späteren Ausprägung stark bestimmen.

Obwohl in den zeitgenössischen Berichten immer wieder deutlich wird, wie sehr das studentische Leben in der Stadt durch Regel- und Normverletzung außer Kontrolle zu geraten drohte und deshalb zu schweren Konflikten zwischen Studenten- und Bürgerschaft führte, ist zugleich belegt, wie streng das Leben der Studenten in den Bursen selber geregelt und überwacht war, was ganz besonders im Interesse des Rates der Stadt lag. Die Bursen waren darum nicht nur Schlaf- und Versorgungsquartiere für die Studenten, auch der Unterricht wurde hier gegeben, vor allem Übungen. Deshalb lebten neben den Studenten auch die Magister, welche die Verantwortung über die Bursen hatten, ebenfalls hier.



Die Erfurter Universität, bereits 1379 gegründet, war zu dieser Zeit eine weltberühmte Institution, und nach Luthers Worten hatte sie einen so guten Ruf, „dass alle anderen dagegen als kleine Schützenschulen angesehen wurden“. (Tischreden, Cap. 37, Von Schule, S. 694) Sie gehörte zugleich zu den wenigen deutschen Universitäten, die sich zur vergleichsweise modernen Philosophie des englischen Franziskaners Wilhelm Ockham bekannten, deren Hauptmerkmal in einer klaren Trennung von Glauben und Wissen bestand. Im Herbst 1502 legte Luther die Bakkalaureus-Prüfung ab. Als Bakkalaureus hatte er fortan allerdings wesentlich

mehr zu tun, musste Übungen leiten, Lektüren überwachen und sogar kleinere Vorlesungen halten. Das Studium der scholastischen Philosophie hat er später, im Alter, hart kritisiert, weil es sich aus der Perspektive des reifen Reformators mit eher unsinnigen Dingen beschäftigte. Dennoch hat er seinen bedeutendsten Lehrern aus dieser Zeit, den Professoren Jodokus Trudvetter aus Eisenach und Bartholomäus Arnoldi von Usingen, stets große Achtung entgegengebracht.

Im Januar 1505 legte Luther seine Magisterprüfung ab. Das Ereignis hat ihn noch Jahrzehnte später in der Erinnerung tief begeistert: „Wie war es eine so große Majestät und Herrlichkeit, wenn man Magister promovierte und ihnen Fackeln vortrug und sie verehrte; ich halte, dass keine zeitliche, weltliche Freude dergleichen gewesen sei.“ (Tischreden, Cap. 37, Von Schule, S. 694)

Ein gutes halbes Jahr später jedoch, Luther studierte dazwischen auf Wunsch des Vaters ein Semester Jura, tauschte er die Tracht eines Magisters Artium der Philosophie mit der schwarzen Kutte des Au-

gustiner-Eremiten und trat gegen den väterlichen Willen in das Kloster der Augustiner-Eremiten ein, dass unmittelbar neben jener Georgenburse liegt, in der er zum weltlichen Geisteswissenschaftler geworden war.

## Ökumenische Pilgerherberge

Im Zusammenhang mit dem europaweit wachsenden Interesse an spirituell bedeutsamen Orten im Rahmen von Pilgerwegen ist die Georgenburse zu Erfurt zu einem Treffpunkt dieser Art ausgebaut



worden. Unmittelbar am Thüringer Lutherweg durch Erfurt (der „Luthermeile“) gelegen, bietet sie Pilgern aller Konfessionen, aber auch kulturgeschichtlich interessierten Besuchern, Obdach gegen Zahlung

einer Spende. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und zahlreiche private Spender unterstützen dieses Projekt ökumenischer Gastfreundschaft. Die Pilgerherberge Georgenburse versteht sich als Teil der weltberühmten Lutherstätte Evangelisches Augustinerkloster zu Erfurt, mit dem sie darüber hinaus eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit auf dem Dienstleistungs-Sektor Vermietung/Verpflegung anstrebt.

**Weitere Informationen unter:**  
[www.lutherweg.de/wegverlauf/thueringen](http://www.lutherweg.de/wegverlauf/thueringen) oder  
[www.deutsche-jakobswege.de/oekumenischer-pilgerweg.html](http://www.deutsche-jakobswege.de/oekumenischer-pilgerweg.html)

## Brüderhaus des St. Georgs-Ordens

Ein Träger der Luther-Gedenkstätte und Pilger-Herberge Georgenburse, ist die Evangelische Bruderschaft St. Georgs-Orden (St.GO) und der ihm angeschlossene Bonhoeffer-Haus e.V. in vertraglich geregelter Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Georgenburse e.V.. Der St. Georgs-Orden und der Bonhoeffer-

### Die Zukunft der Erfurter Georgenburse ist bedroht!

Obgleich sich der Freundeskreis Georgenburse unter meiner Leitung nach Kräften dafür einsetzt, ist die Zukunft der Erfurter Georgenburse als Ökumenische Pilgereinkehr und Studienort der Lutherzeit noch nicht gesichert.

Wir sind hochofret, dass sich die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland gemeinsam mit der Evangelischen Bruderschaft St. Georgs-Orden künftig noch stärker finanziell engagieren werden, dass wir in den zurückliegenden Wochen einige Sponsoren gewonnen haben und bald auch ein Gespräch mit dem katholischen Bistum ansteht. Doch um das „strukturelle Defizit“ zu decken, das vor allem auf die – notwendigerweise – geringen Einkünfte der Ökumenischen Pilgereinkehr zurück zu führen ist, braucht es weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Deshalb möchte ich Sie im Namen des Vorstandes herzlich um Ihre Mithilfe bitten: Mit einer „Pilger-Spende“ sichern Sie die Zukunft dieses einzigartigen Luther-Projektes inmitten der Thüringer Landeshauptstadt. Entweder mit einem Einmal-Betrag oder mit einem Ein-Jahres-Dauer-Auftrag unter dem Stichwort „Pilger-Spende Georgenburse“.

**Bankverbindung: Bonhoeffer-Haus e.V.** (Eingetragen als gemeinnütziger Verein beim Amtsgericht Erfurt)

**Sparkasse Mittelthüringen | BLZ 820 510 00 | KTO NR: 0163 013 551**

Bitte helfen Sie mit! Im Voraus Dank sagend, grüßt Sie herzlich

Ihr  
Manfred Ruge  
Vorsitzender des Vorstandes FK Georgenburse e.V.

Haus e.V. haben im Haus ihre kombinierte Geschäftsstelle eingerichtet mit einem Repräsentanten vor Ort. Die Ordensbrüder treffen sich regelmäßig dreimal jährlich zu Konventen, zu denen Gäste und Interessierte eingeladen werden. Alle zwei Jahre finden öffentliche Herbstkonvente statt, welche sich inhaltlich mit der Verbindung von theologischen und gesellschaftspolitisch-historischen Fragestellungen auseinandersetzen.

## Bonhoeffer-Studienkreis

2011 hat die Evangelische Bruderschaft St. Georgs-Orden (St.GO) mit dem ihm angeschlossenen Bonhoeffer-Haus e.V. eine jährliche Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen. Mit dem „Bonhoeffer-Studienkreis“ bringt sich die Bruderschaft – ihren inhaltlichen und satzungsgemäßen Wurzeln gemäß – in das kulturelle und geistig-geistliche Leben der Thüringischen Landeshauptstadt ein. Damit wird

die Georgenburse, als „Studienort der Lutherzeit“, im 21. Jahrhundert erneut ein Ort des Studiums und des Gesprächs. Drei bis vier Mal im Jahr ergeht die herzliche Einladung zum gemeinsamen Nachdenken über theologische, kulturell-künstlerische oder gesellschaftspolitische Fragen unserer Zeit ein, die ihre Anregungen aus Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers und Martin Luthers beziehen.



## Wovon wir uns leiten lassen

### Wertegebundene Politik aus christdemokratischer Sicht

von Dr. Mario Voigt, Generalsekretär der CDU Thüringen und Mitglied des EAK Thüringen

Gute und erfolgreiche Politik zeichnet sich durch einen inneren Kompass aus. Hinter dem täglichen politischen Handeln müssen stets die eigene Überzeugung und die Verankerung in einem Wertesystem stehen. **Der Glaube an Gott und die Gewissheit, eine schützende und leitende Hand mit sich zu wissen, hilft mir und vielen weiteren Mitgliedern der Thüringer Union bei der politischen Arbeit.**

Jenseits der Zwänge des Alltags ist es entscheidend, dass Politiker ihr

Handeln an Werten orientieren, von denen sie sich leiten lassen. Die CDU bezieht sich auf das christliche Menschenbild, dem Leitbild unseres politischen Handelns. **Dieses Menschenbild stützt sich auf drei Grundprinzipien: Personalität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit.**

**Personalität** bedeutet, dass wir Christdemokraten uns stets auf den einzelnen Menschen beziehen. Dabei stehen seine persönliche Freiheit, seine Bedürfnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten im Mittelpunkt. **Subsidiarität** fußt auf der

**+++ Termin +++**  
**Der nächste offene Konvent  
der Ev. Bruderschaft St. Georg**

**Realitätsfinsternis: Reformation,  
Utopie, Politik**  
*Freitag, 17. Oktober – Sonntag,  
19. Oktober 2014*  
*im Ev. Augustinerkloster Erfurt*

In seiner Studie „Realitätsfinsternis“ kritisiert der Philosoph Eric Voegelin (1901–1985) politische Ideologien und Gemeinschaftsbildungsprozesse, die auf der Grundlage einer Art „inner-weltlicher Religiosität“ das Kollektiv, „sei es die Menschheit, das Volk, die Klasse, die Rasse oder den Staat als Realissimum erlebt.“ Die radikale (Aufklärungs-)Kritik trifft sich mit der theologischen Grundhaltung Luthers: „Wir sollen Menschen und nicht Gott sein. Das ist die Summa.“ (Martin Luther in einem Brief an Spalatin, 1530).

Überzeugung, dass Menschen Möglichkeiten zur Entfaltung brauchen und die Regulierung des Staates nur auf das notwendige und sinnvolle beschränkt bleiben muss. **Nachhaltigkeit** schließlich ist ein Wert, der uns an unsere Verpflichtung erinnert, über den Tag hinaus und im Sinne kommender Generationen zu handeln. Im Folgenden möchte ich die Grundprinzipien unseres politischen Handelns an drei konkreten politischen Handlungsfeldern erläutern, die für die Zukunft unseres Landes entscheidend sind:



## Dr. Mario Voigt



Geboren am 8. Februar 1977, evangelisch, verheiratet, zwei Kinder; 1995 Abitur in Jena; Studium der Politikwissenschaft, der Neueren Geschichte und des öffentlichen Rechts an den Universitäten Jena, Bonn und Charlottesville (USA); Promotion zum Dr. phil. in Politikwissenschaft an der TU Chemnitz bei Prof. Dr. Eckhard Jesse.

Bisher beruflich tätig für SIEMENS European Union Affairs Brüssel, Konrad-Adenauer-Stiftung Washington DC, CDU Deutschlands Berlin, Blueberry Consulting Jena und Analytik Jena AG; von 2008-2009 Leiter der Unternehmenskommunikation und Investor Relations, Analytik Jena AG.

1994 Eintritt in die Junge Union, von 1999 bis 2000 Bundesvorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten; von 2005 bis 2010 Landesvorsitzender der Jungen Union Thüringens; Mitglied im Kreisvorstand der CDU im Saale-Holzland-Kreis, seit 2008 stellvertretender Kreisvorsitzender; Ortsvorsitzender CDU Milda.

Seit 2009 Mitglied des Thüringer Landtags im Wahlkreis 36, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss, Hochschul- und Netzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Seit 2010 Generalsekretär der Thüringer Union; Mitglied in der Grundwertekommission, Präsidiumskommission Bildung, der Bundesfachausschüsse Familie und Sicherheitspolitik der CDU Deutschlands.

Ehrenamtlich engagiert u.a. als Mitglied im Kuratorium der Landeszentrale für Politische Bildung, Mitglied im Förderkreis der Berufsakademie Gera und Vorsitzender des Fördervereins des Instituts für Politikwissenschaft der FSU Jena.

## 1. Personalität und Subsidiarität in der Bildungspolitik

**Personalität und Subsidiarität in der Bildungspolitik bedeuten, dass gute Schule immer am Wohl des einzelnen Kindes orientiert sein muss.** Da es keine Einheitsschüler gibt, kann und darf es auch keine Einheitsschule oder Einheitslehrer geben. Kinder haben unterschiedliche natürliche Begabungen. Staatliches oder pädagogisches Handeln muss dies berücksichtigen und Chancengerechtigkeit gewährleisten. Gänzlich beseitigbar sind diese Unterschiede nicht. Unterschiedliche Schularten schaffen daher Angebote für unterschiedliche Begabungen. Dabei ist die Durchlässigkeit stets zu wahren, damit individuellen Entwicklungen Raum einge-räumt wird.

**Aufgabe guter Bildungspolitik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Schulgemeinschaft in die Lage versetzt wird, eigenverantwortlich zu entscheiden, welche pädagogischen Konzepte für die spezifische Situation vor Ort am besten geeignet sind.** Die Eltern haben dann das Recht und die daraus folgende Verantwortung, das passende Angebot für ihr Kind zu wählen. Aus unserer christdemokratischen Sicht stehen wir einer ideologischen Überformung von Schule und ständig neuen Reformen skeptisch gegenüber. Junge Menschen brauchen Verlässlichkeit, so wie Schule nachhaltige Strukturen braucht. **Aus diesen Gründen wollen wir das bestehende Schulsystem in einem Thüringer Schulfrieden gemeinsam mit den anderen im Landtag vertretenen Parteien über die nächste Wahlperiode hinaus festschreiben.** Stabile Strukturen

schließen nicht neue Wege aus, aber diese müssen vor Ort gewollt sein.

Generell gilt, dass die Schule nicht nur für das Leben vorbereiten soll, sondern auch Teil des Lebens ist. **Deswegen stehen wir für eine Kultur der Leistung, wo Fleiß und Kreativität belohnt und problematisches Verhalten sanktioniert wird.** Fördern und Fordern können nur gemeinsam wirksam werden. Der Vergleich von Leistung durch Noten oder Verbalurteile ist im Sinne der Kinder, die eine Einschätzung ihrer Arbeit wollen. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass niemand zurückgelassen wird. Deswegen ist auch im Sinne der Personalität die individuelle Förderung von besonders begabten Kindern und von Kindern mit Lernschwächen gleichermaßen wichtig.

Die oben beschriebenen Prinzipien lassen sich auch im Bezug auf die viel diskutierte Inklusion anwenden. **Gerade aus einer christlichen Sichtweise auf Politik stehen wir vollkommen hinter dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft. Aus unserer Überzeugung kann und muss es dazu spezifische Förderungen und Angebote geben.** Auch hier gilt, dass es ungerecht ist, Unterschiede zu negieren. Vielmehr müssen die Unterschiede zum Wohle aller Beteiligten Berücksichtigung finden. Die Bedürfnisse des einzelnen Kindes haben auch hier stets im Mittelpunkt zu stehen. Nur Experten vor Ort können in enger Abstimmung mit den Eltern entscheiden, was für das Kind die beste Art der Förderung ist. Sollte dies die inklusive Beschulung sein, wird diese im Rahmen realisierbarer personeller und baulicher Maßnahmen ermöglicht. Genauso möglich muss es sein, dass eine spezielle Förderung in geschützten und geeigneten pädagogischen Räumen erfolgt.



Schließlich gehört in diesen Kontext auch die Frage nach der Erreichbarkeit von Schulen. **Gerade im ländlichen Raum sind Schulen vor Ort entscheidende Standortfaktoren und wichtige Identitätsträger.** Zum Wohle unserer Kleinsten bleiben die Schulen im Dorf. Für uns gilt: Kurze Beine, kurze Wege.

---

## 2. Die Frage nach den richtigen Gebietsstrukturen

---

**Personalität und Subsidiarität leiten uns bei der Frage nach den richtigen Gebietsstrukturen. Nachhaltige Gebietsstrukturen kann man nur im Einklang mit den Bedürfnissen der Menschen schaffen.** Den einzelnen Menschen im Blick zu haben und seine persönliche Entfaltung zu ermöglichen heißt auch, dass jeder Möglichkeiten zur Teilhabe in seiner unmittelbaren Umgebung haben muss. Dies ist in Gefahr, wenn durch anonyme Großkreise oder -gemeinden, im Zuge der Verlagerung des Rathauses oder des Landratsamtes, auch die Standesämter oder die Kfz-Zulassungsstellen in weite Ferne rücken. Ehrenamtliches Engagement im Feuerwehrverband oder beim Kreissportbund darf nicht an zu weiten Fahrtwegen scheitern. **Kleine, bürgernahe Einheiten sind effizient.** Dies beweisen Landkreise und Kommunen in Thüringen, aber auch die verhältnismäßig kleinen Landkreise beispielsweise in Bayern. **Anonyme Großkreise von der Grenze Sachsen-Anhalts bis zur Grenze Bayerns, wie sie andere Parteien fordern, versprechen weder spürbare Effizienzgewinne noch fördern sie die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat.** Erst recht bedenklich ist es, wenn aus der Landeshauptstadt entschieden werden sollen, wie Strukturen vor Ort aussehen soll. Ein solches Handeln zerstört historisch

gewachsene Einheiten und fördert nur die Anonymität in der Gesellschaft. Gerade ältere Menschen sind darauf angewiesen, dass Wege kurz bleiben und staatliche Institutionen und soziale Anlaufstellen erreichbar sind.

**Auch hier ist es unser Politikansatz, dass die Menschen vor Ort entscheiden, welche Strukturen sie wollen.** Die Landesebene sollte ihr Handeln darauf konzentrieren, unnötige Belastungen für die Kommunen vor Ort durch unsinnige Verwaltungsstandards zu beseitigen und die Möglichkeiten zu schaffen, dass Kreise und Gemeinden zusammenarbeiten können, ohne dass sie ihre Eigenständigkeit und damit ihre Identität aufgeben müssen.

---

## 3. Nachhaltige Politik ist immer verantwortliche Politik

---

**Politik aus einem christlichen Verständnis heraus denkt stets über den Tag hinaus. Deswegen bekennen wir uns klar zu einer nachhaltigen Politik.** Verantwortliche Politik hat stets zum Ziel, die Welt unseren Nachkommen zumindest im selben Zustand zu hinterlassen, wie wir sie vorgefunden haben. Früher war es ein selbstverständliches Ziel, dass es die eigenen Kinder einmal besser haben sollen. In Familien wurde dieser Wert von Generation zu Generation weitergegeben. Der zunehmende Egoismus und Individualismus in der Gesellschaft lässt dieses Ziel verstärkt zugunsten einer Jetzt-Fixierung in den Hintergrund treten. **Unsere Politik setzt hier bewusst einen wertorientierten Kontrapunkt. Dies umfasst zum einen die Bewahrung der Schöpfung, die Achtung vor allen Lebewesen und der Natur, die Stärkung der**

## Familien sowie die Anerkennung der Würde eines jeden einzelnen Menschen.

Nachhaltig handeln heißt weiterhin, auch finanziell weitsichtig zu agieren. Kinder können nicht auf Schuldenbergen spielen. Viele Jahre war es zum Aufbau des Landes nach Jahrzehnten des real existierenden Sozialismus unvermeidlich, Schulden aufzunehmen. Auch in Zukunft kann uns eine Naturkatastrophe oder ähnliches wieder zwingen, kurzfristig Schulden anzuhäufen. Darüber hinaus sind wir dazu verpflichtet, mit unseren finanziellen Mitteln auszukommen. Politik muss den Mut haben, das notwendige von dem lediglich wünschenswerten zu unterscheiden. Der Egoismus zur Befriedigung jetziger Bedürfnisse darf nicht zu Lasten unserer Nachkommen gehen. **Verantwortung übernehmen heißt hier, über den Tag und über die nächste Wahl hinaus zu denken.** Deswegen wollen wir eine Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung, die die Politik stets an eine nachhaltige Finanzpolitik bindet.

---

## Wir stehen auf einem festen vom christlichen Menschenbild geleiteten Wertesystem

---

An diesen drei Punkten sei exemplarisch dargestellt, dass die Thüringer Union aus ihrer Verantwortung für unser Land und jeden einzelnen seiner Bewohner handelt. **Dabei stehen wir auf einem festen vom christlichen Menschenbild geleiteten Wertesystem. Unsere Politik hat zum Ziel, dass jede und jeder in unserem Land beste Chancen hat – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion.** Sichere Arbeitsplätze bei gutem Lohn für möglichst alle Menschen in unserem Land ist die zent-

rale Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Deswegen hat unsere Ministerpräsidentin für das Ende der kommenden Wahlperiode im Jahr 2019 das Ziel Vollbeschäftigung bei guten Löhnen aus gegeben. Zur Realisierung dieses Vorhabens brauchen wir neben einem investitions- und innovationsfreundlichen Klima vor allem die beste Bildung für unsere Kinder. Am Ausbildungsstand zukünftiger Generationen wird sich der nachhaltige Wohlstand Thüringens entscheiden. Für uns Christdemokraten beginnt Bildung selbstverständlich in der Keimzelle der Gesellschaft. Wer Familien stärkt, sorgt deswegen nicht nur für die notwendige Geborgenheit und den Halt des Individuums, sondern auch für optimale Bildungschancen von Anfang an.

**Gute Arbeit und beste Bildung sind zwei der drei entscheidenden Zukunftsthemen für unser Land. Hinzu kommen optimale Lebensbedingungen in unserer Heimat.** Wir stehen dabei in der Verantwortung, alle Regionen unseres Landes optimal zu entwickeln. Deswegen sind uns bezahlbare Mieten in den Städten genauso wichtig wie eine gute Verkehrsanbindung der ländlichen Regionen. Menschen aller Generationen müssen sich in Thüringen sicher fühlen. Der Staat muss seine Bürger schützen und absichern.

Sichere und gut bezahlte Arbeit, beste Bildung, solide Finanzen sowie soziale und innere Sicherheit sind das Fundament für ein zufriedenes Leben. Lebendige Kultur und

gesunde Umwelt sind der wertvolle Schatz, den wir an die nächste Generation weitergeben.

Die Thüringer Union arbeitet jeden Tag an der Verwirklichung dieser Ziele. Christine Lieberknecht hilft dabei ihre feste Verortung im christlichen Glauben und die profunde Kenntnis unserer Heimat. Sie handelt bürgernah und wertgebunden. **In der Union gestalten aus dieser wertgebundenen Prägung heraus Mitglieder mehrerer Konfessionen und Konfessionslose auf einem klar definierten Fundament Politik. Uns leitet dabei jeden Tag ein großer gemeinsamer Auftrag. Auch unsere Kinder und Enkel sollen einmal sagen können: Es ist ein Glück in unserem Land zu leben.**

## Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde. In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen

Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herr-



schaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die

erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemeinschaftlicher Solidarität wollen wir insbesondere in ethischen und sozialpolitischen Fragen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei und in unserer Gesellschaft teilnehmen. Zugleich verstehen wir uns als natürlicher Partner im politischen Dialog mit den auf dem Gebiet des Freistaats tätigen evangelischen Kirchen.

## Veranstaltung: Evangelische Schulen – Offene Türen ins christliche Abendland

### Stammtisch des EAK in Nordhausen

Am 7. Mai veranstaltete der EAK Thüringen in der Evangelischen Grundschule Nordhausen eine Diskussion zum Thema: „Die christliche Schule – eine notwendige Ergänzung des Thüringer Schulsystems?“ Die stellvertretende Vorsitzende des EAK Thüringen Hildigund Neubert und die Vorsitzende des CDU-Kreisfachausschusses Bildung Carola Böck begrüßten den Vorstandsvorsitzenden der Evangelischen Schulstiftung Marco Eberl, der in das Thema einführte.

„Es wird Sie nicht überraschen, dass ich diese Frage mit einem kurzen Ja beantworte“, leitete Eberl seinen Vortrag ein, um dies dann ausführlich zu begründen.



Die evangelischen Schulen in Thüringen sind fast alle durch die Initiative von Eltern entstanden, denen nach der sozialistischen Einheitschule die christliche Erziehung ihrer Kinder wichtig war. Nach oft langen unsicheren Zeiten und wechselnden Finanzierungsmodellen haben die 28 Schulen (18 davon in Thüringen) nun in der Evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland einen sicheren Träger und verlässlichen Lobbyisten gefunden.

Die Eltern, die ihre Kinder hier anmelden – in jedem Jahr sind es mehr und sowieso viel mehr, als es Plätze gibt – suchen eine wertefundierte Bildung und schätzen das besondere Klima der christlichen Schulen.

Für die Gesellschaft sind diese Schulen eine wichtige Bereicherung: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, zitierte Eberl Böckenförde. „Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er ... nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert.“

Diesem Anspruch, die „moralische Substanz des einzelnen“ zu stärken, zu fundieren, stellen sich die evangelischen Schulen. Dabei leben sie das christliche Menschenbild, das vorbehaltlose Akzeptanz und einen realistischen Blick auf die Potentiale und Grenzen der Kinder verbindet. Im christlichen Festkalender und den Regeln des Zusammenlebens erleben die Kinder den Praxistest der christlichen Lehre, die sie im Religionsunterricht erlernen.

#### **Schulen in freier Trägerschaft**

Neben den staatlichen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen gibt es im Freistaat Schulen in freier Trägerschaft, auch Privatschulen genannt. **Aktuell besuchen 23.500 Schülerinnen und Schüler 162 freie Schulen.** Das sind 10 Prozent aller Schüler. Die Schulen in freier Trägerschaft sind deshalb so wichtig, weil sie mit ihrer jeweiligen besonderen Prägung die Schullandschaft im Freistaat beleben. Eltern und Schüler haben Wahlmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Konzepten.

„Obwohl wir Schulgeld erheben müssen, sind unsere Schulen nicht elitär. Wir haben verhältnismäßig mehr Kinder aus Hartz-IV-Familien als anteilig in den Gemeinden le-

ben“, sagte Eberl. Manchmal findet sich ein Spender, der den finanziellen Verlust mildert. Und auch konfessionell sind die Schulen offen. Obwohl (oder weil?) der Religionsunterricht verpflichtend ist, sind in manchen Schulen über 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler konfessionslos. Für katholische Kinder wird der Unterricht in ihrer Konfession zusätzlich ermöglicht.

Wichtig ist Eberl auch das ständige Gespräch mit den Schulämtern. „Die evangelischen Schulen stehen nicht in der Konkurrenz zu den staatlichen Schulen und sollen sich in die Schulnetzplanung einpassen.“

Auch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht schätzt die Leistung der freien Schulen. Zu den Klagen über die seit 2010 schlechtere Finanzierung sagte sie: „Wir müssen die faire und transparente Finanzierung der freien Schulen im Vergleich zu den staatlichen Schulen neu justieren.“

Am 21. Mai urteilte auch das Thüringer Verfassungsgericht, dass die Finanzierung der freien Schulen bis zum 31. März 2015 neu geregelt werden muss.“

Das geltende Gesetz sieht vor, dass die derzeit 162 Freien Schulen in Thüringen mit einem bestimmten Anteil der Kosten (je nach Schulart zwischen 60 und 80 Prozent), die pro Schüler an staatlichen Schulen ausgegeben werden, unterstützt werden. Die freien Schulen, an denen etwa 10 Prozent der Thüringer Schüler unterrichtet werden, beklagen aber, dass die nur durch Verwaltungsvorschriften geregelte Berechnung im Kultusministerium dazu führt, dass kaum mehr als 50 Prozent dieser Kosten bei den Freien Schulen ankommt.



Das Verfassungsgericht stellte nun fest, dass es zwar keine 100-Prozent-Finanzierung der Freien Schulen durch den Staat geben könne, da dies dem Charakter der Schulen als Privatschulen widerspreche. Da aber der Anspruch der Freien Schulen auf Förderung „grundrechtlicher Natur“ sei, müsse der Gesetzgeber selber eine Regelung über die tatsächliche Höhe der Finanzierung treffen und dürfe das nicht der Verwaltungsebene überlassen.

„Das ist ein Erfolg für den Bildungsort Thüringen“, bewertete Marco Eberl, Vorstandsvorsitzender

der Evangelischen Schulstiftung in Mitteldeutschland den Urteilspruch.



Hildigund Neubert

Natürlich verbindet sich mit dem Urteil für den Verband Freier Schulen in Thüringen die Hoffnung, dass am Ende mehr Mittel in die Schulen fließen. Aber schon eine verlässli-

che Regelung wäre sehr hilfreich, um Investitionen planen und gute Lehrer langfristig binden zu können.

Die christlichen Schulen sind für uns vom Evangelischen Arbeitskreis unverzichtbar. In ihnen werden Verantwortung, Respekt und christliche Traditionen gelebt. Viele Kinder und ihre Familien kommen hier erstmals damit in Berührung. In der säkularisierten Gesellschaft wirken sie als offene Tür in die Kultur des christlichen Abendlandes.

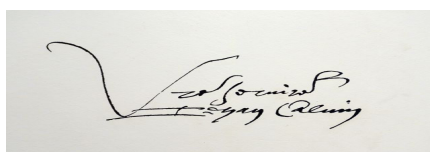
## Besucht: Jean Cauvin – Johannes Calvin, geboren in Noyon

von Hildigund Neubert, Staatssekretärin und Mitglied des Landesvorstands des EAK Thüringen



Noyon, eine Kleinstadt in der französischen Picardie, lag mitten in den Schlachtfeldern des ersten Weltkriegs. In ihrem Zentrum, nicht weit vom (selbstverständlich katholischen) Dom steht ein in den

1920er Jahren wieder errichtetes Renaissance-Haus an einer Straßenecke. An dieser Stelle wurde 1509 Jean Cauvin geboren.



Das Museum wurde 1922 gegründet. Die kleine reformierte Gemeinde brauchte einen Ort, um sich in der katholischen Mehrheits-

gesellschaft ihrer Identität zu versichern.



Calvin-Museum

## Impressum und Kontakt

### Evangelischer Arbeitskreis der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle  
Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt

[www.eak-thueringen.de](http://www.eak-thueringen.de)

Mail: [eak-thueringen1@online.de](mailto:eak-thueringen1@online.de)

#### Verantwortliche dieser Ausgabe:

##### Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen  
(Redaktion)

##### Dr. Detlef Baer

Mitglied des Landesvorstands des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen  
(Satz + Layout)

#### Autoren dieser Ausgabe:

##### Christine Lieberknecht

Ministerpräsidentin, Landesvorsitzende der CDU Thüringen und Stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU

##### Prof. Dr. Jens Goebel

##### Dr. Karl-Eckhard Hahn

Mitglied des Landesvorstands des EAK Thüringen

##### Dr. Ehrhart Neubert

Mitglied des EAK Thüringen

##### Axel Große und Dr. Thomas A. Seidel

Freundeskreis Georgenbursche Erfurt e.V.

##### Dr. Mario Voigt

Generalsekretär der CDU Thüringen und Mitglied des EAK Thüringen

##### Hildigund Neubert

Staatssekretärin und Mitglied des Landesvorstands des EAK Thüringen